

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 23

Artikel: Überbleibsel aus dem kalten Krieg (II). Russischer Truppenabzug aus Litauen
Autor: Schlomann, F.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092810>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Überbleibsel aus dem kalten Krieg (II)

Russischer Truppenabzug aus Litauen

Unsere Serie über den sowjetischen bzw. russischen Truppenabzug aus Osteuropa setzen wir mit Litauen fort. In den nächsten «zeitbild»-Nummern folgen Lettland und Estland.

Nach Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens durch die UdSSR am 6. September 1991 betonte Landsbergis, der Vorsitzende des Obersten Rates, am 5. Oktober 1991 nachdrücklich, die Gegenwart dieser sowjetischen Nordwesttruppe in seinem Lande sei keine Frage von Verhandlungen; sie solle bis zum 1. November des gleichen Jahres die baltischen Hauptstädte und bis Ende Dezember generell die drei baltischen Länder räumen. Den sowjetischen Vorschlag, unter Hinweis auf die finanziellen und sozialen Belastungen des Rückzugs, damit erst 1994, nach Beendigung des Abzugs aller Truppen aus Deutschland, zu beginnen, wies Vilnius kategorisch zurück.

Divergierende Zahlenangaben

Die gegenseitigen Gespräche begannen offiziell am 11. Februar 1992 und dauerten bis zum 27. Mai 1992. Auch hier weigerten sich die Vertreter Moskaus stets, Auskünfte über die Personalstärke und die Ausrüstung ihrer Streitkräfte zu geben. Um der allgemeinen Ansicht der litauischen Bevölkerung Nachdruck zu verleihen, wurde ein Referendum durchgeführt; in ihm sprachen sich 90,76 % der Einwohner für einen bedingungslosen und unverzüglichen Abzug bis zum Jahresende aus. Die russischen Unterhändler betrachteten diese Willensäußerung hingegen «nicht als zivilisierte Methode» und nannten die Forderung nach dem Abzug «eine Verletzung der Menschenrechte der Soldaten».

Die Zahl der russischen Militärs in Litauen zu Beginn des Jahres 1992 wurde allgemein auf 34 000 bis 43 000 geschätzt; Moskau selber gab sie mit 34 582 (darunter 7302 Offiziere) an. Sie waren mit 400 Panzern, 1800 Schützenpanzern, 400 Geschützen, 170 Flugzeugen und 60 Helikoptern ausgerüstet. Im September desselben Jahres betrug die Truppenstärke nach Mitteilung des litauischen Verteidigungsministeriums 20 000 bis 22 000; darunter befanden sich über

10 000 Luftlandesoldaten, 1800 Marine-soldaten und etwa 400 Soldaten der Grenztruppen. Sie verfügten im Lande über 180 Basen, die mehr als 1 % des gesamten litauischen Territoriums umfassten.

Ende 1992 wurde die Personalstärke der Soldaten Moskaus hier nach amerikanischen Quellen mit 24 500 angegeben; der litauische Verteidigungsminister sprach von «noch rund 15 000», während Radio Moskau selber weiterhin 35 000 nannte. Wiederholt beargwöhnten die Behörden in Vilnius (Wilna), dass die Russen — mehr als notwendig — neue Rekruten nach Litauen einflögen. Ihr Gesetz, das jeden militärischen Neuzugang in ihr Land verbot, blieb praktisch ohne größere Wirkung.

Radioaktiv verseuchte Gebiete

Erleichtert wurden die Abzugsverhandlungen dadurch, dass die litauische Regierung einerseits keine territorialen Ansprüche gegenüber Russland und Moskau andererseits keine Forderungen auf Beibehaltung seiner Militärstützpunkte auf litauischem Boden stellte. Auch schien Vilnius damals keine Zahlungen von Moskau für Beschädigungen zu verlangen, die seit dem Jahre 1940 durch seine Armeen entstanden waren.

Ohnehin lehnte die russische Seite diese mit dem Hinweis ab, Litauen sei eine sowjetische Republik gewesen, und «Russland habe die Truppen nicht dorthin gesandt, denn es habe sich um die Streitkräfte der UdSSR gehandelt». Trotzdem wurden bis in den August 1993 wiederholt radioaktiv verseuchte Gebiete festgestellt. Ebenso kommt es in den von Moskau vor knapp 20 Jahren in Litauen gebauten Atomkraftwerken vom Typ des Reaktors Tschernobyl mit seinen zwei 1500-Megawatt-Blöcken immer wieder zu Störfällen.

Entgegenkommen in Vilnius

Am 8. September 1992 wurde zwischen der Republik Litauen und der Russischen Föderation der Plan über den Rückzug der Armee unterzeichnet, der bis zum 31. August 1993 durchgeführt



Zurück zum entwickelten Sozialismus (GJWS).

Die Vertreter Moskaus weigerten sich stets, Auskünfte über die Personalstärke und die Ausrüstung ihrer Streitkräfte zu geben.

Präsident Landsbergis befürchtete russische Bemühungen, das Baltikum länger in Abhängigkeit zu halten.

werden sollte. Nach Bekanntwerden dieser Rahmenvereinbarung sahen sich Präsident Jelzin und Außenminister Kossyrew sowohl seitens der Militärführung als auch seitens der imperial gesinnten Mehrheit des Obersten Sowjets massiven Angriffen ausgesetzt. Sehr bald befürchtete Präsident Landsbergis russische Bemühungen, das Baltikum länger in Abhängigkeit zu halten und einen Vorwand für einen nicht erfolgreichen Armeerückzug zu suchen. Vilnius billigte schon relativ früh russischen Offizieren ein Eigentumsrecht an den von ihnen genutzten Wohnungen zu mit der Folge, dass sie diese beim Weggang verkaufen konnten, um mit dem Erlös eine neue Unterkunft in Russland zu erwerben. Ebenso errichteten litauische Bauarbeiter dort und besonders in dem an Litauen grenzenden Gebiet Kaliningrad (Königsberg) Wohnhäuser für Offiziersfamilien.

Dennoch erklärte ein hoher russischer Vertreter, selbst wenn die Häuser für die abziehenden Truppen fertiggestellt werden könnten, wäre ein Rückzug im Jahre 1992 «absolut unmöglich». Nicht zuletzt bot Vilnius allen Nichtlitauern die litauische Staatsangehörigkeit an, sofern sie zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung im Lande wohnten. Dennoch vertrat Ende September 1992 das Komitee des Obersten Sowjets Russlands für internationale Angelegenheiten und Außenwirtschaftsbeziehungen die Auffassung, das Abkommen vom 8. September 1992 sei «mangelhaft»; es würde die Menschenrechte und die

Rechte der russischen Militärangehörigen und ihrer Familien in Litauen «beträchtlich verletzt».

Rückzieher Moskaus

Anfang Oktober 1992 sprach das russische Aussenministerium erstmals von einem notwendigen «Schutz der Interessen und Rechte der russischen Bevölkerung» in diesem baltischen Staat. Am 20. Oktober 1992 wiederum erklärte das Moskauer Verteidigungsministerium die Aussetzung des Truppenabzugs, da es in den neuen Standorten an Wohnungen und sozialer Infrastruktur fehle — die Zahl der Menschen ohne eine Unterkunft betrage bis zu 18 200.

Neun Tage später unterzeichnete Jelzin die Verordnung, die den Abzug aussetzte, und beauftragte die russische Regierung, innerhalb dreier Tage provisorische Abkommen mit den baltischen Ländern aufzusetzen, welche die sozialen Garantien der russischen Soldaten in den Territorien gewährleisten. Hatte der stellvertretende russische Verteidigungsminister noch eine direkte Verbindung zwischen dem Truppenabzug und diesen Fragen gelegnet, so hiess es im Brief Jelzins vom 6. November 1992 an den UNO-Generalsekretär, dass «der Truppenabzug innerhalb kurzer Zeit durchgeführt werden kann, wenn Übereinkünfte über eine Reihe von damit untrennbar verbundenen Fragen erzielt werden».

Der Leiter der litauischen Verhandlungsdelegation bedauerte die einseitige Verletzung der vereinbarten Abmachungen. Dass die Verfügung des Präsidenten unmittelbar vor dem russischen Volksdeputiertenkongress ergehe, sei nicht zufällig. Wurde er von innenpolitischen Gegnern zum faktischen Widerruf seines gegebenen Wortes gezwungen? Der Truppenabzug hingegen lief — trotz der offiziellen Aussetzung — weiter.

Der Oberkommandierende der GUS-Streitkräfte hatte gefordert, Ehre und Würde der Soldaten dürften nicht angefasst werden: «Diese dort befindlichen Truppen sind nämlich keine Besatzer; sie sind vor den Völkern dieser baltischen Staaten nicht schuldig geworden.»

Jetzt auch litauische Forderungen

Anfang 1993 ging die Zahl der im Lande befindlichen Soldaten auf etwa 10 000, nach anderer Ansicht nur auf 13 000 zurück; demgegenüber wurden weitere 1000 während der letzten Januarwoche von Russland nach Litauen eingeflogen. Mitte März intensivierte Moskau seine Differenzierung in «das ferne» und in «das nahe» Ausland, wobei diesen Be-

Neun Tage später unterzeichnete Jelzin eine Verordnung, die den Abzug aussetzte.

Moskau differenzierte plötzlich in «das ferne» und in «das nahe» Ausland, wobei es diesen Begriffen einen politischen Inhalt verlieh.

Ostpreussen stellt immer mehr eine «Faust» dar, welche nach Ansicht der Balten ihr Gebiet von Süden her bedroht.

griffen kein geographischer, sondern ein politischer Inhalt verliehen wurde und die Staaten des «nahen» Auslands als ein Gebiet gewertet wurden, in denen Russland besondere Ansprüche habe.

Am 5. August 1993 — zu jener Zeit befanden sich noch 2500 bis 3000 russische Armeeeingehörige in diesem baltischen Staat — endeten die litauisch-russischen Gespräche ohne Ergebnis: Die Vertreter aus Vilnius hatten die prinzipielle Forderung erhoben, dass der Kreml für die seit 1940 von seinen Armeen hervorgegerufenen Schäden aufkomme, während Moskau höchstens die nach Januar 1992 entstandenen zu verrechnen bereit war.

Während Litauens Präsident Brazauskas am 18. August 1993 morgens noch optimistisch von einem weiteren Abzug berichtete, gab der Verteidigungsminister unmittelbar danach bekannt, dessen Aussetzen sei bereits am 17. erfolgt. Erst zwei Tage später erhielt das Verteidigungsministerium in Vilnius die Mitteilung des russischen Verteidigungsministeriums über den Stopp, und einen Tag danach erfolgte die offizielle Erklärung des Moskauer Aussenministeriums.

Am 22. August 1993 bekam das litauische Aussenministerium eine weitere Erklärung, Russland fühle sich auch nicht mehr an die Vereinbarung vom 8. September 1992 gebunden. Damit verstoss Moskau allerdings gegen seine internationalen Verpflichtungen, «ignorierte allgemein anerkannte Grundregeln des Völkerrechts» und «verletzte die Prinzipien der UNO und der KSZE». Behauptet wurde von Moskauer Seite dazu, Vilnius fordere Schadenersatz in Höhe von 146 Milliarden Dollar. Der Pressesprecher des litauischen Präsidenten hingegen erklärte, eine solche Summe sei niemals genannt worden; es gehe lediglich darum, dass im Prinzip diese Fragen des Schadenersatzes ein Verhandlungsgegenstand sein sollten.

Unklare Hintergründe für Einigung

Am 30. August 1993 teilte Litauens Präsident mit, er habe in einem Telefongespräch mit dem russischen Präsidenten eine Vereinbarung erreicht, dass die russische Armee bis Monatsende abgezogen werde. Tatsächlich erfolgte dies am folgenden Tag. Einzelheiten jenes Telefongesprächs sind bisher nicht bekannt geworden. Westliche Beobachter vertreten die Ansicht, dass Vilnius dringend auf eine Meistbegünstigung Moskaus angewiesen ist und ein Freihandelsabkommen erhofft. Fast die Hälfte des gesamten Aussenhandelsumsatzes Litauens entfällt auf Russland.

Der polnische Rundfunk glaubt hingegen, die Einigung sei primär durch den

Washington-Besuch des russischen Ministerpräsidenten beeinflusst worden: Moskau rechnet mit dem Abschluss günstiger Handelsverträge mit den USA, die diesen wiederum vom Abzug der russischen Truppen abhängig machen. Zudem könne der Kreml ungefähr 700 Millionen Dollar für technische Hilfe verlieren, wenn seine Soldaten am 6. Oktober 1993 noch in Litauen stünden. Die «Neue Zürcher Zeitung» wiederum neigt zu der These: «Bloss wegen finanzieller Forderungen aus Vilnius konnte Moskau keinen Konflikt mit der westlichen Staatengemeinschaft riskieren, die den Abzug aus den baltischen Republiken aufmerksam verfolgt und dort etwas weniger geneigt ist, ein Auge zuzudrücken, als beispielsweise in Mittelasien.»

Und Kaliningrad?

Zudem erachtete die russische Generalität einen möglichst ungehinderten Zugang zum Gebiet Kaliningrad durch Litauen für unerlässlich. Der russische Aussenminister erklärte, deutsche und andere ausländische Extremistengruppierungen hätten ihre Annexionspläne auf diese Region keineswegs aufgegeben. Marinestrategisch würde nicht zuletzt ein Verlust Ostpreussens nach dem vorhersehbaren Verlust der baltischen Häfen eine Blockade der russischen Flotte im Hals des Finnischen Meerbusens bedeuten. Zudem stellt Ostpreussen heutzutage immer mehr eine «Faust» dar, welche — nach Ansicht der Balten — ihr Gebiet von Süden her bedroht.

Nach schwedischen Angaben, die allerdings eher als zu niedrig anzusehen sind, befinden sich im nördlichen Ostpreussen etwa 70 000 russische Soldaten mit 1000 Panzern, 800 Geschützen sowie 100 Überwasserkampfschiffen. Der Admiral der baltischen Flotte in Baltijsk (Pillau) hingegen nannte die Zahl von 150 000 — ohne Grenztruppen. In Westeuropa schätzt man die Gesamtzahl der Militärs hier auf sogar etwa 300 000. Nach Ansicht gutinformierter Quellen lagern im nördlichen Ostpreussen auch Atomwaffen.

Anfang September 1993 kam es zu ersten litauisch-russischen Gesprächen über die gegenseitigen Forderungen. Nach einer Sendung des russischen Fernsehens dürfte jene Schadenssumme von 146 Milliarden US-Dollar kein offizieller Standpunkt Vilnius' sein, während Moskau umgekehrt Forderungen für die zurückgelassene Infrastruktur — besonders Häfen, Strassen und Elektrizitätswerke — erhebt und für die in Litauen lebenden Russen besondere Rechte anstrebt.

F. W. Schломann